

Vortrag Prof. Dr. Strube zum Hanns Martin Schleyer-Preis 2010 und 2011  
am 20.05.2011 in Stuttgart

## **Das Geheimnis der Freiheit ist der Mut**

Sehr geehrter Herr Premierminister Juncker,  
sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann,  
sehr geehrter Herr Bundesminister Waigel,  
lieber Herr Fleig,  
lieber Berthold Leibinger,  
sehr verehrte Familie Schleyer,  
sehr verehrte Damen und Herren!

Der Hanns Martin Schleyer-Stiftung und ihrer Jury danke ich herzlich dafür, dass sie mir den Hanns Martin Schleyer-Preis 2011 zuerkannt haben.

Dir, lieber Berthold, danke ich für Deine freundschaftliche Würdigung meiner Tätigkeit in Wirtschaft und Gesellschaft. Unternehmerische Freiheit und gesellschaftliche Verantwortung sind für Dich und mich Werte, an denen wir unser Handeln ausrichten. Und uns verbindet die Überzeugung, weiterhin für diese Werte mit Wort und Tat eintreten zu wollen. Wir sind uns einig, dass wir mit unserer Tätigkeit in

der Wirtschaft sowohl den Interessen des Unternehmens, seiner Belegschaft, seiner Kunden und Partner als auch den Interessen der Gesellschaft dienen, also nachhaltig wirtschaften wollen. Trumpf und BASF zeigen, dass diese wertorientierte Unternehmensführung weltweit erfolgreich ist.

Diesen Preis für Verdienste um die Festigung und Förderung eines freiheitlichen Gemeinwesens, dessen Namensgeber ein mutiger Mann war, nehme ich in Dankbarkeit und Demut gerne entgegen. Die Lebensleistung der bisher Ausgezeichneten gebietet dies.

Ihnen, Herr Ministerpräsident, danke ich für die Ehrung, die mich bewegt. Als Bürger dieses Landes wünsche ich Ihnen für Ihre Amtszeit Mut, Weitsicht und Umsicht: Mut zur Freiheit, zu Markt und Wettbewerb als wirksame Entdeckungsverfahren; Weitsicht und Umsicht, um Baden-Württemberg mit seiner Wirtschaft im Zusammenhang mit Europa und der Globalisierung zu verstehen und zu fördern.

Gemeinsam mit Ihnen, Herr Premierminister Juncker, geehrt zu werden, bereitet mir eine doppelte Freude! Zum einen, weil ich während meiner Zeit als Präsident von UNICE, jetzt BusinessEurope, Sie als großen europäischen Staatsmann schätzen gelernt habe; zum anderen, weil die Auszeichnung eines Politikers und eines Managers in einer Feier meine Überzeugung bekräftigt, dass wir aufeinander angewiesen sind. Politik und Wirtschaft gemeinsam können für die Gesellschaft, der wir dienen, viel Gutes bewirken. Dabei habe ich nicht nur Deutschland, sondern vielmehr Europa vor Augen! Europa ist nämlich der Heimatmarkt der deutschen Unternehmen!

Diese Überzeugung habe ich seit meiner Rückkehr von einer fünfzehnjährigen Auslandstätigkeit immer vertreten. Im Heimatmarkt Europa, der unternehmerische Freiheit – noch! – gestattet, erarbeiten deutsche Unternehmen Wettbewerbsvorteile für die Märkte der Welt.

Das Perikles zugeschriebene Zitat „Das Geheimnis der Freiheit ist der Mut“ möchte ich Ihnen in der Bedeutung für mich erläutern, indem ich auf Warnzeichen hinweise und zu mutigem Handeln aufrufe.

Meine Tätigkeit für BASF in Süd- und Nordamerika von 1974 bis 1988 brachte mir viele Eindrücke und eröffnete mir etliche Einsichten, da die Kontraste zu vielen Gegebenheiten in Deutschland, die hier als selbstverständlich galten, sehr ausgeprägt waren. Lassen Sie mich das umreißen.

Als ich 1974 nach Brasilien kam, kannte ich die Wirkungen der „unsichtbaren Hand des Marktes“ aus Europa und den USA. In Brasilien lernte ich die sichtbare Hand des Staates in der Wirtschaft kennen. Denn Brasilien hatte sich für das Entwicklungsmodell der Importsubstitution entschieden. Dieses System wollte Importe durch Fertigung im Lande ersetzen, um auf diese Weise Wachstum, Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Steuersubstrat, aber auch Unabhängigkeit vom Ausland zu schaffen. Aufgrund der Marktgröße, damals ca. 120 Mio. Brasilianer, heute mehr als 190 Mio., und des erwarteten hohen Wachstums glaubte die Regierung Brasiliens, dem Abschotten des Marktes gegenüber einer Integration in den Weltmarkt Vorzug geben zu können.

Um diese strategische Entscheidung durchzusetzen, waren viele Folgeentscheidungen einschließlich des Schaffens neuer Behörden erforderlich. Ich nenne einige Beispiele:

Es entstand eine Behörde zur Kontrolle von Im- und Exporten, die Mengen, Qualitäten, Preise und Konditionen kontrollierte. Bei Vorhandensein eines vergleichbaren Produktes aus inländischer Produktion bestand Importverbot. Damit entfiel der internationale Wettbewerb. In vielen Fällen gab es auch keinen inländischen Wettbewerb, da für viele Produkte, die zunächst importiert wurden, bei erwarteter Zunahme der Nachfrage eine Produktionsanlage mit der technisch möglichen Mindestkapazität genehmigt und gebaut wurde. Folglich musste auch eine Preiskontrollbehörde und eine Behörde für die Genehmigung von Investitionen eingerichtet werden.

Jede staatliche Intervention dieser Art erforderte zwangsläufig weitere Interventionen, die im Ergebnis den Markt überdeckten wie Öl eine Wasserfläche.

Die Verbraucher fanden also ein begrenztes Angebot an Produkten oft minderer Qualität zu überhöhten Preisen. Der Zugang zu diesen Produkten war auf einkommensstarke Kundengruppen begrenzt, die Kapazitäten der Industrie oft unwirtschaftlich, die Inflation sehr hoch – in der Spitze über 300% pro Jahr. Die Staatsverschuldung und die Einkommensunterschiede wuchsen stetig.

Ich habe erlebt, wie das Ausschalten von Wettbewerb, die Vielzahl der staatlichen Steuerungsimpulse mit stetig wechselnden, aber zunehmender Zahl von Vorschriften, Nachweispflichten und Einzelgenehmigungszwängen der Wirtschaft Brasiliens den Anreiz und die Fähigkeit nahmen, sich Kundenwünschen kostengünstig und schnell anzupassen. Damals waren gute Kontakte zu Ministerien und Behörden wichtiger als Wettbewerbsvorteile durch gute Technik, gutes Marketing, guten Service usw. Denn großzügige Subventionen konnten gerade unter Hinweis auf die Wettbewerbsvorteile internationaler Wettbewerber erlangt werden. Für die Wirtschaft Brasiliens erschien es damals zweckmäßig, sich in diesem System des geschlossenen Marktes einzurichten. Das brachte trotz Inflation auf Sichtweite gute Renditen, aber wachsende soziale Spannungen und Umweltbelastungen. Die kurzen Konjunkturzyklen mit ihren heftigen Ausschlägen nach oben und unten zeigten die Grenzen einer staatlichen Globalsteuerung immer deutlicher auf.

Dennoch musste ich mich damals dem brasilianischen System fügen, habe Importe und Exporte, Preiserhöhungen,

Investitionsprojekte, Kapitalzufuhr aus dem Ausland und Dividendenzahlung in das Ausland usw. bei den entsprechenden Behörden beantragt und genehmigt bekommen. Die bessere Betreuung der Belegschaft, Vorkehrungen zum Umweltschutz, Unterstützung von Sozialprojekten, z.B. das „Projeto Crescer“ zur Berufsausbildung von Straßenkindern, hielt ich für notwendige, aber nicht ausreichende Beiträge zur Entwicklung Brasiliens.

Meine Familie und ich haben uns in Brasilien heimisch gefühlt und haben uns Stefan Zweigs Einschätzung, dass Brasilien gemessen an der friedlichen Gesinnung und humanen Haltung seines Volkes eines der vorbildlichsten und liebenswertesten Länder unserer Welt sei, gerne zu eigen gemacht<sup>1</sup>. Dieser Wille zur Verständigung und Verträglichkeit, zur Konzilianz und Toleranz der Brasilianer erleichterte dem „Gastarbeiter“ das Einleben und bewirkt eine dauerhafte Bindung an dieses Land.

---

<sup>1</sup> Stefan Zweig: Brasilien – Ein Land der Zukunft, S. 17

Lassen Sie mich freimütig hinzufügen, dass es für mich als ein junges Mitglied der Geschäftsführung in Brasilien reizvoll war, viel selbständiger entscheiden und handeln zu können, als dies in der Konzernzentrale in Ludwigshafen möglich gewesen wäre. In dieser Hinsicht fühlte ich mich frei, obwohl ich die Einschränkungen der Freiheit durch ein auf Autarkie gerichtetes System mit seinen sozialen und ökologischen Problemen täglich erlebte.

Der Sonderweg des Entwicklungsmodells der Importsubstitution und der Staatsintervention scheiterte! Erst nach zwei verlorenen Jahrzehnten gelang es Präsident Cardoso, Brasilien zu sanieren und zum Weltmarkt zu öffnen. Dabei setzte Präsident Cardoso nicht nur auf Wettbewerb und Geldwertstabilität, sondern auch auf die Freiheit als notwendigen Bestandteil der Entwicklung, auf den unbehinderten Austausch von Ideen und Informationen und auf die individuelle Freiheit als Wert an sich [Agenda para o século XXI: a utopia viável, 1995]<sup>2</sup>. Diese Politik, die Wettbewerb förderte und die Rolle des Staates in der

---

<sup>2</sup> Relembrando o que escrevi, S. 162/163



Wirtschaft verminderte, wurde von Präsident Lula fortgesetzt und um das Streben nach sozialem Ausgleich ergänzt.

Beide Präsidenten handelten mutig: Cardoso durch Abkehr vom Modell der Importsubstitution, Lula durch Hinwendung zum Markt im Gegensatz zur Parteidoktrin des Partido Trabalhista. Der Erfolg gab ihnen recht!

Mich hat der Vergleich des damaligen brasilianischen Wirtschaftssystems mit dem Deutschlands gelehrt, die Vorteile offener Märkte, des Wettbewerbs und der unternehmerischen Freiheit im Ordnungssystem der Sozialen Marktwirtschaft klarer zu sehen, als es hier üblich ist. Zum Verhältnis von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft habe ich gelernt, dass die Wirtschaft sich aus wohlverstandenen Eigeninteresse erklären muss, sich um die Anerkennung ihres Beitrags bemühen und in Vertrauen investieren muss!

1985, also während des Systemwechsels in Brasilien, wurde ich Mitglied des Vorstands der BASF mit Dienstsitz in den USA. Die folgenden Jahre in den USA mit Präsident Reagan, den „Reaganomics“ als Wirtschaftspolitik, „Star Wars“ als Geopolitik und meinem ständigen Pendeln zwischen

Nordamerika und Deutschland waren ein Kontrastprogramm zu meiner Zeit in Brasilien. Die prägende Kraft der Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Gesellschaft trat im Vergleich von Brasilien mit den USA deutlich vor Augen. Jürgen Ponto, wie Hanns Martin Schleyer ein Opfer der RAF, hat in seiner Rede aus Anlass des 200jährigen Bestehens der Vereinigten Staaten „Die Chance der Freiheit“ von der glücklichen Tradition der amerikanischen Geschichte gesprochen, „dass Freiheit sich nicht als philosophischer Entwurf rechtfertigen muss, sondern sich als eine historische Erfahrung behaupten kann“. Damit werde „die Freiheit zu einer Sache ohne Alternative“ und am Scheideweg unserer Zeit dürfe man „weder alles auf die Karte der Gleichheit setzen, noch dem der Freiheit eingeborenem Wagnis ängstlich den Rücken kehren.“<sup>3</sup>

Dieser Einsicht schließe ich mich an.

Als ich ab Mitte 1988 wieder in Deutschland lebte und arbeitete, beeindruckte mich sehr, wie gut alle Systeme der Versorgung, der Verwaltung, des Verkehrs, der Demokratie funktionierten. Gründlichkeit bis zur Perfektion, Ordnung,

---

<sup>3</sup> Jürgen Ponto: Mut zur Freiheit, S. 78/79

Stabilität, Solidität, Ernsthaftigkeit unterscheiden sich vorteilhaft von der Neigung der Brasilianer und Amerikaner zur Improvisation. Beunruhigt hat mich jedoch die deutsche Tendenz zum Übersteigern, zur Aufregung, zur Angst und zur Behandlung jedes Problems als Weltanschauungsfrage. Die Selbstverständlichkeit, mit der hier das in der Sozialen Marktwirtschaft erreichte hohe durchschnittliche Wohlstandsniveau ohne weitere Beachtung und Wertschätzung als gegeben hingenommen wird, hat mich stets verblüfft. Damit meine ich nicht nur den materiellen Wohlstand, sondern auch die Errungenschaft, dass wir im Durchschnitt reicher an Zeit und Lebenserwartung geworden sind.

Der offenkundige Mangel an Interesse am Wirtschaftsleben und an den Erfolgsfaktoren der deutschen Wirtschaft war und ist eine gesellschaftspolitische Herausforderung. Denn ohne Einblick in die Funktionsweise der Wirtschaft in der Globalisierung steigt die Bereitschaft zu experimentieren.

Die Fähigkeit deutscher Unternehmen, in Wettbewerb und Freiheit innerhalb des Ordnungssystems der Sozialen Marktwirtschaft den Verbrauchern Produkte und Leistungen anzubieten, die deren Anforderungen nach guten, sicheren,

preisgünstigen, umweltverträglichen, verfügbaren, ansprechenden Waren und Dienstleistungen erfüllen, sollte aber keinem Belastbarkeitstest durch weitere Eingriffe des Staates in die Funktionsmechanismen des Marktsystems unterzogen werden. Damit diese Fähigkeit des nachhaltigen erfolgreichen Wirtschaftens erhalten bleibt, bedarf es auch der Gewinnerzielung unter angemessener Verzinsung des eingesetzten Kapitals.

Verständnis bei unseren Mitbürgern für die Bedeutung der unternehmerischen Freiheit, für ihre Bindung durch den staatlichen Ordnungsrahmen und für ihre Begrenzung durch den Wettbewerb zu schaffen, ist wahrscheinlich deshalb so schwierig, weil die Nutzung der individuellen Freiheitsrechte in Deutschland als Selbstverständlichkeit erscheint. Mir sind Einschränkungen der Freiheit durch Pressezensur, durch Begrenzungen der Reisefreiheit in das Ausland und der Konvertierbarkeit des Cruzeiro im Brasilien der 70er Jahre begegnet. Diese Erlebnisse erhöhen dauerhaft meine Wahrnehmung und Wertschätzung der Freiheitsrechte. In Deutschland hält die Diskussion um den Vorrang von Freiheit oder Gleichheit, jetzt häufig soziale Gerechtigkeit genannt, an. Umfragen zufolge wechselten im Verlauf der

vergangenen acht Jahre bei der Gesamtbevölkerung Freiheit und Gleichheit mehrfach die Spitzenposition. Die Bevölkerung in den neuen Bundesländern räumt stetig und deutlich der Gleichheit den Vorrang ein, wie das Institut für Demoskopie Allensbach ermittelt hat.<sup>4</sup>

Joachim Fest, ein Meinungsführer, hat 1996 in einer Rede<sup>5</sup> erläutert, dass „die hochentwickelten modernen Sozialstaaten dem Freiheitsgedanken auf ihre Weise Abbruch tun“ und dass die neuartigen Gefährdungen der freien Ordnungen eher aus deren eigenen Innern kommen. Er nennt: den „Rückzug der Bürger in eine Welt privatistischer Befriedigungen, die chimärische Jagd nach Selbstverwirklichung, vergleichbare Denk- und Lebensformen, die unter dem Begriff der Freiheit nichts anderes verstehen als das Recht zur Absage an jeden verpflichtenden gesellschaftlichen Zusammenhalt, das übermächtige Verlangen nach Absicherungen, das Politiker, Verbände und einzelne dazu bringt, ein perfektionistisches System von Vorkehrungen zu errichten, vor dem sich die Freiheit als nur

---

<sup>4</sup> Allensbacher Jahrbuch 2003-2009, S. 132-135

<sup>5</sup> Das Ziffernblatt der Welt entschlüsseln. Börnes Freiheit und was es noch immer damit auf sich hat, publiziert in der Essay-Sammlung „Bürgerlichkeit als Lebensform“, S. 222 ff

noch großes Sicherheitsrisiko ausnimmt; schließlich eine Konsumentenhaltung gegenüber der Politik, die alles in Ansprüche umdeutet.“ (Zitatende)

Die Hinweise von Fest auf eine umfassende Tendenz zur Verstaatlichung des Daseins „unter fürsorglichem Reden“ und in einer Art „Regulierungswahn“ von Politikern und ausufernder Bürokratie, die unablässig auf der Suche nach Lebensgebieten sind, die noch eine Vorschriftenlücke aufweisen, sollten wir gerade heute sehr ernst nehmen. Die moderne Bedrohung der Freiheit durch einen „umfassenden Entmündigungsprozess“ seitens des Obrigkeitsstaats, der „zu wissen vorgibt, was dem Einzelnen zum Besten gereicht“, ist deutlich zu sehen. Das Steuerrecht z.B. mit seinen vielfältigen Lenkungszielen, das Erneuerbare Energiengesetz mit Abnahmepflicht zu staatlich fixierten Preisen, die eine Subvention außerhalb des Haushalts darstellen, die Aktienrechtsreform in Permanenz, Lebensmittelregelungen usw. engen den Raum der Freiheit für Bürger und Unternehmer immer weiter ein, ohne damit einen belegbaren Nutzen für die Gesellschaft zu erzielen.

Der häufig gegebene Hinweis, der deutsche Gesetzgeber sei kein Musterschüler, sondern folge nur Vorgaben aus Brüssel, soll entschuldigend wirken, befriedigt aber nicht. Denn die Vorgaben der EU entstehen nicht ohne deutsche Mitwirkung. Mancher Fachminister, der im Kabinett keine Zustimmung findet, geht dann den Weg über Brüssel. Wollen wir in Deutschland einen Sonderweg aus edlen Motiven einschlagen? Wollen wir diesen Sonderweg für die nächsten Jahrzehnte festschreiben? Wie kommen wir zu dieser Zukunftsgewissheit? Eine öffentliche Diskussion über Regelungsdichte, -vielfalt und –widersprüchlichkeit findet nicht statt. Begriffe wie Privatautonomie und Vertragsfreiheit spielen im Gesetzgebungsverfahren zahlreicher Antidiskriminierungsvorschriften keine wahrnehmbare Rolle.

Diese Bemerkungen sind nicht als Politikerschelte gemeint; sie enthalten vielmehr auch eine Selbstkritik zum Fehlen eines politischen Engagements der Spitzen der Wirtschaft. Ein Austausch oder gar Positionswechsel zwischen Politik und Wirtschaft findet in Deutschland im Unterschied zur Situation anderer Länder kaum statt. Die Distanz zwischen Wirtschaft und Politik in Deutschland und Europa kann nicht

allein durch die Verbände überbrückt werden. Doch warum ist die Verständigung zwischen Politik und Wirtschaft schwierig? Zum Versuch einer Erklärung ziehe ich Thomas Mann heran, der anlässlich seiner Aufnahme in den wissenschaftlichen Orden „Phi Beta Kappa“ 1941 den Artikel „Denken und Leben“<sup>6</sup> schrieb. Aus der Übersetzung von „Phi Beta Kappa“, das heißt „Philosophie, die Führerin des Lebens“, leitete er eine zeitgemäße demokratische Formel ab: „Jener hohe Pragmatismus, der den Geist, das Denken in ein Verhältnis der Verantwortlichkeit setzt zum Leben der Menschen, der Verantwortlichkeit für die Konsequenzen des Denkens für Leben und Wirklichkeit, ist etwas wesentlich Demokratisches.“

Können wir uns heute, also siebzig Jahre später, des Vorwurfs erwehren, eine Schwäche der Demokratie in Deutschland sei ein „Mangel an jenem Pragmatismus, der nichts weiter als Lebensfreundlichkeit“ im Sinne von Thomas Mann ist? Oder haben wir inzwischen, wie Thomas Mann formuliert, den „Fehler der gebildeten deutschen Oberschicht, [...] von der Höhe einer absoluten Kultur

---

<sup>6</sup> Altes und Neues, S. 202 ff



verachtungsvoll auf die Sphäre des Sozialen und Politischen herabzublicken“ durch wechselseitige Nichtbeachtung ersetzt?

Nach meinen Erfahrungen sind die Vertreter von Politik und Wirtschaft seit etlichen Jahren in ihren Tätigkeitsbereichen noch professioneller geworden, aber ihre Lebenswirklichkeiten sind zugleich unterschiedlicher als je zuvor. Politiker werden nach wie vor regional bzw. national gewählt, müssen sich gegenüber ihren Wählern verantworten, müssen aber oft auch auf der Ebene der Europäischen Union, der UNO, der G7 oder G20 unter Zeitdruck und Unübersichtlichkeit über komplexe Themen entscheiden.

Im Unterschied zur Bindung der meisten Politiker an den nationalen oder europäischen Raum brachte den deutschen Großunternehmen die Entwicklung der letzten zwanzig Jahre Globalisierung und damit Entgrenzung! Als Beispiel möge der Durchschnitt der Unternehmen des DAX dienen: Ausländische Aktionäre halten die Mehrheit ihrer Aktien, die Zahl ausländischer Mitarbeiter überwiegt gegenüber der ihrer deutschen Mitarbeiter, und rund 80% ihres

Weltumsatzes wird außerhalb Deutschlands erwirtschaftet. Die Zeiten der so genannten „Deutschland AG“ sind also längst vergangen.

Begriffe wie Standortwettbewerb, Attraktivitätsvergleiche, Wettbewerb der Steuersysteme, Technikakzeptanz, Innovationsklima, Flexibilität, regulatorische Risiken stehen für hohes Konfliktpotenzial zwischen Politik und Wirtschaft. Ankündigungen von Großinvestitionen in anderen Regionen der Welt in Verbindung mit Arbeitsplatzabbau in Deutschland bei hohen Gewinnen im Konzern werden dann mit dem Vorwurf der Arbeitsplatzverlagerung durch „vaterlandslose Gesellen“ geahndet. Diese Eskalation beschädigt das Vertrauen zwischen Politik und Wirtschaft, aber auch das Vertrauen der Bürger zu beiden Funktionseliten.

Was sollen wir tun? Zunächst sollten wir uns darauf besinnen, was bei aller Unterschiedlichkeit im Einzelnen ein deutsches Unternehmen auszeichnet. Dabei reicht es meines Erachtens nicht aus, den Sitz im rechtlichen Sinne in Deutschland zu haben. Es kommt vielmehr auf die Lage des Entscheidungszentrums und die Art der Unternehmens-

führung an. Damit meine ich die Bindung der Unternehmensführung an eine Werteordnung, die Mitarbeiter, Aktionäre, Kunden, Lieferanten und Partner und Belange der Gesellschaft berücksichtigt, die langfristig ausgerichtet ist und die Zukunft des Unternehmens selbständig, nachhaltig und mit eigener Identität gestalten will. Also kurz gesagt: Statt einer Konzentration auf reinen „Shareholder-value“ eine Balance der Interessen der „Stakeholder“!

Siebenunddreißig Unternehmen haben aktuell das „Leitbild für verantwortliches Handeln in der Wirtschaft“ unterzeichnet, das unter der Moderation des „Wittenberg Zentrums für Globale Ethik“ erarbeitet wurde. Dies Leitbild bekräftigt die Überzeugung der Beteiligten, dass unternehmerisches Handeln nicht nur von Wettbewerb, Effizienz und Regeln, sondern gleichermaßen von einer Wertehaltung geprägt ist, die in einem Satz zusammengefasst lautet: „Die Wirtschaft muss das Wohl der Menschen fördern.“ Diese siebenunddreißig Unternehmen beschäftigen weltweit über 4 Mio. Mitarbeiter und erzielen einen Umsatz von über 1.000 Mrd. Euro. Sie bieten sich Gesellschaft und Politik als verantwortungsbewusste Partner an und erwarten, als

Partner wahr- und angenommen zu werden. Alle weiteren Unternehmen, die sich auf dieses Leitbild verpflichten wollen, sind herzlich dazu eingeladen!

Zusätzlich sollten deutsche Unternehmen im Heimatmarkt Europa eine europäische Identität aufbauen. Wichtiger als die Wahl der Rechtsform der „Societas Europaea“ ist dabei das Einbeziehen der europäischen, aber nicht-deutschen „Stakeholder“: Fairness, Respekt, Offenheit, Chancengleichheit und vor allem Zuwendung sind geboten, also Grundeinstellungen, die im „Leitbild“ angesprochen werden und den Geist verantwortlicher Unternehmensführung bestimmen.

Heimatmarkt ist aber auch ein Begriff für das Gemüt. Thomas Mann hat 1930 in einer Rede für Pan-Europa „Die Bäume im Garten“<sup>7</sup> einen Gegensatz zwischen Deutschland und Europa aufgezeigt, den es zu überwinden gilt: „Deutschland, Volk, Nation – gewiss, das ist Gemütssphäre des Vergangenen, das sind die Wurzeln, ist das Mütterliche, das Intime, Individuelle und Einzige, es ist Seelenreich.

---

<sup>7</sup> Altes und Neues, S. 337 ff

Europa, das ist eine gesellschaftliche und nationale Idee, es ist die Zukunft, es ist das väterliche Prinzip, es ist Geist. Solange die Völker fürchten, solange man sie fürchten lässt, dass sie ihre Seele verraten, in dem sie Europa bejahen; [...] solange wird Europa nicht sein.“

So Thomas Mann vor acht Jahrzehnten. Heute haben wir die Europäische Union, aber es fehlt der Enthusiasmus der Europaidee. „Nie wieder Krieg!“ war in den Jahren meiner Schul- und Studienzeit eine wirkmächtige Idee. Heute ist Frieden in Europa im Wesentlichen eine Gegebenheit, die nach 66 Jahren Friedenszeit zu den Selbstverständlichkeiten des Lebens zählt.

Aus der Ferne, nämlich aus Brasilien und den USA, habe ich die wachsende Größe und Stärke sowie bei aller Vielfalt in der Einheit die Identität Europas wahrgenommen. Als Beispiele dieser Identität nenne ich Kulturdichte, Menschenwürde, Aufklärung und wissenschaftliche Rationalität. Professor Markl, ebenfalls Empfänger des Hanns Martin Schleyer-Preises, hat eine Kurzfassung seiner Abschiedsvorlesung<sup>8</sup> veröffentlicht, die „Wissenschaft und

---

<sup>8</sup> FAZ vom 27.12.2003

die kulturelle Einheit Europas“ behandelt. Unter der Überschrift „Wo unser Herz schlägt“ ist dort ausgeführt, was ich mit meinen Stichworten meine. Gegen Ende seines Artikels fragt Professor Markl, ob „der Geist der wissenschaftlichen, aber aufgeklärten Rationalität tatsächlich bindend genug wirken kann, um Europa in allen Stürmen der Zukunft zusammenzuhalten“. Er hebt hervor, dass jede dauerhafte menschliche Gemeinschaft auf mehr als gemeinsamen rationalen Ansichten über die Wirklichkeit beruhe. Können wir Verstand, Herz, Seele und Gemüt der Europäer erreichen, indem wir die Europäische Union als ein Modell für eine friedliche Entwicklung einer Welt der Freiheit loben? Immerhin versuchen NAFTA, Mercosur, ASEAN, diesem Beispiel zu folgen.

Es verlangt viel Mut und Geschick, um die Idee der Einigung Europas wieder aus allen Kosten- und Nutzenrechnungen, aus der Vielzahl der Institutionen der EU, aus ihren vielen Rechtsakten und der Vielfalt ihrer Strategien und Projekte hervorzuheben. Frieden, Freiheit und Einheit in der Vielfalt sind für mich die Kernbegriffe der Europäischen Union! Sie sprechen Verstand und Gemüt gleichermaßen an. Gemüt

und Mut haben eine gemeinsame Sprachwurzel, bei der Mut ursprünglich „nach etwas trachten, heftig verlangen“ bedeutete und erst im 16. Jahrhundert die Bedeutung von „Tapferkeit und Kühnheit“ erlangte. Ergänzen wir noch, dass das Geheimnis auf die gemeinsame Sprachwurzel mit Heim zurückgeht, so ergibt sich die ursprüngliche Bedeutung „zum Haus gehörig, vertraut“.

Das Motto des Perikles „Das Geheimnis der Freiheit ist der Mut“ wird von der Sprachgeschichte bestätigt: Freiheit und Mut gehören zusammen, sind miteinander vertraut! Diesen Mut haben die Deutschen, die 1989 in der DDR für die Freiheit demonstrierten, bewiesen und dadurch Freiheit erlangt.

Lassen Sie uns daher mutig für die Freiheit eintreten! Aber lassen Sie uns auch die Früchte der Freiheit, nämlich die Einheit Deutschlands und die Einigung Europas, feiern!

Ich bin überzeugt, dass wir alle unsere Freude über das in Europa schon Erreichte öffentlich zelebrieren sollten! Freude kann eine Quelle von Zuversicht und Kraft sein. Erinnern wir uns bitte, dass die Europahymne eine Melodie aus dem

letzten Satz der 9. Sinfonie Ludwig van Beethovens ist, die wir im deutschsprachigen Raum als „Ode an die Freude“ von Friedrich von Schiller kennen: „Freude, schöner Götterfunken ....“ Freuen wir uns also!